6|22 November/ Dezember

PRO LIBERTATE

Mitteilungen

Schweizerische Vereinigung für Freiheit, Demokratie und Menschenwürde

editorial

Jürg M. Stauffer
Sekretär der Schweizerischen Vereinigung PRO LIBERTATE
E-Mail: info@prolibertate.ch

Mehr Realismus wagen!

Die Sache ist fix. Nach dem Ständerat sagte nun auch der Nationalrat «Go» zum Kauf des neuen Kampfflugzeuges F-35A von Lockheed Martin. Damit ist die Verhinderungs-Taktik der linken Armeeabschaffer gescheitert, welche mit der «Stop F-35» Initiative noch auf Blockade setzen wollten. Deren Aufschrei, wonach Volksrechte missachtet werden, zieht hier definitiv nicht. Die Erneuerung der Luftwaffe wurde im September 2020 an der Urne genehmigt. Der Kaufentscheid ist also demokratisch legitimiert. Was ebenfalls nicht vergessen werden darf: Die gleichen Kreise, welche gegen den «bösen Ami-Flieger» herziehen, hatten erst wenige Jahre zuvor den europäischen Gripen bekämpft. Mit dem F-35A kauft die Schweiz den Flieger mit dem besten Preis-Leistungs-Verhältnis, der auch in zahlreichen anderen Ländern auf der Wunschliste steht – selbst bei den sonst immer «europäisch» orientierten Deutschen. Mit dem Ukraine-Krieg, der wankenden Strom- und Energieversorgung und weiteren Gefahren wie Unwetter sind Investitionen in Mensch und Material von Armee und Bevölkerungsschutz unabdingbar. Nur unverbesserliche Träumer sehen die Welt weiterhin durch die rosarote Brille!

SICHERHEIT TRAINIEREN

Regierungsrat Philippe Müller
Sicherheitsdirektor des Kantons Bern

Im August 2022 fand im Raum Bern eine praktische Verbundübung der Kantonspolizei Bern mit dem Neuenburger Infanteriebataillon 19 der Territorialdivision 1 der Schweizer Armee statt. Das Szenario der Übung «Fides» basiert auf der Sicherheitsverbundübung SVU 19. Die Stäbe und Einheiten von Polizei und Armee wurden in einem dynamischen Kontext vor möglichst realistische Entscheidsituationen gestellt, um allfälligen Optimierungsbedarf in Zusammenarbeit und Aufgabenerfüllung zu eruieren.

Ziel solcher Übungen ist das Training der zivil-militärischen Zusammenarbeit in einer ausserordentlichen Lage. Die Corona-Pandemie, die Hochwasser des vergangenen Jahres oder der Krieg in der Ukraine verdeutlichen die Bedeutung einer funktionierenden Zusammenarbeit der Polizei und der Armee. Um im Krisenfall die Sicherheit der Bevölkerung bestmöglich garantieren zu können, ist das gegenseitige Verständnis von Führungsstrukturen und Arbeitsabläufen von zentraler Bedeutung. Dies konnte mit der Übung «Fides» gefestigt und weiterentwickelt werden.

Beim Übungsszenario, übernommen aus der Sicherheits- >>

verbundübung SVU 19, musste der Stab des Infanteriebataillons (Inf Bat) 19 nach einer kurzen Vorbereitungszeit einen subsidiären Sicherheitseinsatz zugunsten der Kantonspolizei Bern planen und im Gelände konkret umsetzen. Demnach verübte eine fiktive Organisation verschiedene Anschläge ausserhalb des Kantons Bern. Die Kapo Bern unterstützte die betroffenen Polizeikorps und musste kurzfristig Aufgaben im Objektschutz und in der Lagebeobachtung an die Armee abgeben. Die Armee übernahm folglich den Schutz des Bundesamts für Gesundheit in Köniz und des Landsitzes Lohn in Kehrsatz, überwachte die Autobahnraststätte Grauholz sowie das Coop-Verteilzentrum in Bern-Riedbach und gewährte verkehrstechnisch die ungehinderte Fahrt eines Konvois zwischen Flughafen Belp, Bern Bundeshaus und Landgut Lohn. Der fiktive Übungskontext spielte eine untergeordnete Rolle, im Zentrum stand vielmehr die gemeinsame Zusammenarbeit in einem dynamischen und zeitkritischen Kontext. Die Armee übernahm keine Aufgaben im Bereich der Terrorabwehr, sondern Bewachungs- und Beobachtungsaufgaben bei kritischen Infrastrukturen, wie dies im Bedarfsfall von der Verfassung auch vorgesehen ist.

Optimierungspotenzial in der Zusammenarbeit erkennen

Die Stäbe des welschen Inf Bat 19 und der Kapo Bern sowie alle beteiligten Soldatinnen und Soldaten sollten in eine möglichst realistische Situation versetzt werden, in der es galt, rasch Entscheide zu fällen. Beispielsweise hatte der Stab des Inf Bat 19 in kürzester Zeit auf sich verändernde Entwicklung zu reagieren und verschiedene Handlungsvarianten zu entwickeln. Die Übung stellte keine statische Inspektionsübung dar, sondern war dynamisch und mit sich laufend entwickelnden Situationen angelegt. So erhielt die Armee während der Übung vier weitere Objekte mit Bewachungs- und Überwachungsaufträgen zugeteilt. Das Inf Bat 19 musste unter Beweis stellen, dass vorausschauend genügend Reserven eingeplant werden, mit denen zusätzliche Aufgaben übernommen werden konnten. Die Übungsleitung wollte dadurch erkennen, ob die Zusammenarbeit in diesen Belangen funktionierte. Um die Situation für die beübten Stäbe und Truppen möglichst realitätsnah zu gestalten, wurde der Übungsverlauf im Vorfeld nicht breiter kommuniziert.

In einer Medienkonferenz in unmittelbarem Anschluss an die Übung wurden erste Erfahrungen vorgestellt. Eine genauere Analyse soll nun das weitere Optimierungspotenzial in der Zusammenarbeit erkennen, damit entsprechende Konsequenzen daraus gezogen werden können. Festhalten lässt sich indes bereits folgendes: Fehler, die man während der Übung «Fides» machte, kann man im Krisenfall vermeiden. +

Fotos: © VBS/DDPS, be.ch

«In Krisensituationen muss die Armee die Polizei entlasten können. Das sieht die Bundesverfassung ausdrücklich vor. Damit das im Ernstfall klappt, ist es wichtig, das 1:1 zu üben. Das war der Sinn dieser Übung. Auch die Feuerwehr muss üben, um im Einsatzfall Fehler und Probleme möglichst zu vermeiden. Deshalb mische ich mich als kantonaler Sicherheitsdirektor auch in die Diskussion um den F-35 ein: Wenn wir keine Luftwaffe mehr haben, dann haben wir bald auch keine Armee mehr, welche die kantonalen Polizeien unterstützen kann.»
– Regierungsrat Philippe Müller, Sicherheitsdirektor des Kantons Bern, über die Kritik von Links an der Übung «Fides» und an seinen Äusserungen zum neuen Schweizer Kampfflugzeug

In dieser Ausgabe

1 Sicherheit trainieren
3 Kauf des F-35: Ein guter Entscheid für den Werkplatz Schweiz
3 Es sind die Schotten!
4 25 Jahre «rotes» Hongkong
4 Prognosen
5 Warnung vor einer Annäherung der Schweiz an die NATO
6 Häufigeres Niederwasser im Rhein zu erwarten
6 Die ganze Wahrheit über die Stasi
7 «Fadegrad» bis zum Schluss
7 Übung «ODESCALCHI» – bis über die Grenze einsatzbereit

Besuchen Sie unsere Website: www.prolibertate.ch

Schweizer Luftwaffe

Kauf des F-35: Ein guter Entscheid für den Werkplatz Schweiz

Thomas Fuchs
Oberst, Grossrat und alt Nationalrat, Präsident PRO LIBERTATE, Bern

Der Kauf von 36 Exemplaren des neuen Kampfflugzeugs F-35A ist teuer, allerdings sind damit auch viele Investitionen verbunden, von denen einheimische KMU profitieren. Schweizer Firmen können mit direkten und indirekten Offset-Geschäften in Milliarden-Höhe rechnen und zudem während 30 Jahren von Betrieb und Unterhaltsleistungen für das neue Kampfjetsystem profitieren.

Erfreut zeigt sich dabei auch Swissmechanic, der führende Arbeitgeberverband der KMU in der Maschinen-, Elektro- und Metall-Industrie. Dem Verband gehören 1200 Betriebe an, die mehr als 65'000 Mitarbeitende beschäftigen, davon 6000 Lernende. Diese Firmen generieren ein jährliches Umsatzvolumen von rund 15 Milliarden Franken.

Die Eidgenössischen Räte haben in der Herbstsession 2022 der Beschaffung des F-35A von Lockheed Martin grünes Licht gegeben. Auf der anderen Seite haben Armeegegner ihre «Stopp F-35»-Initiative zurückgezogen. Die nun bestellten Flugzeuge sollen ab 2027 ausgeliefert werden und die heutige Flotte der F/A-18 Hornet und F-5 Tiger ersetzen.

Milliardenaufträge für die Wirtschaft

Die rasche Beschaffung des F-35A unterstützt die Schweizer Industrie und sorgt für positive Effekte auch im zivilen Bereich. Dazu zählen vertraglich vereinbarte Offsetgeschäfte für Schweizer Unternehmen. Konkret gerechnet wird mit direkten Offsetgeschäften für Schweizer Firmen von mindestens 20 Prozent und indirekten von mindestens 40 Prozent des Auftragsvolumens, das den ausländischen Firmen zufliesst. Das sind Aufträge in der Höhe von 2,9 Milliarden Franken für Güter und Software unterschiedlichster Art. Vieles davon ist Hightech, vieles wird Neuland sein und somit Innovation. Zudem profitiert die Industrie während Jahrzehnten von Betrieb und Unterhaltsleistungen für den F-35A mit jährlich rund 300 Millionen Franken.

Know-how-Transfer

Die Beschaffung der Kampfflugzeuge schafft hochqualifizierte Arbeitsplätze, führt zu Know-how-Transfer, ermöglicht den Aufbau neuer Kompetenzen und stärkt insgesamt den Technologiestandort Schweiz. Die wirtschaftlichen Impulse, die mit dem Kauf des neuen Kampfjets verbunden sind, übertreffen die Fördergelder grosser Forschungsprogramme. Die Beträge fliessen direkt in den Werkplatz Schweiz, in die Ausbildung und in den Forschungsplatz. +

Bald auch hier im Einsatz: Der F-35A von Lockheed Martin.
Foto: US Air Force

PRO LIBERTATE

Es sind die Schotten!

Foto: zvg

In den «Mitteilungen» Nr. 5/22 fragten wir nach der Herkunft dieses Ansteckers, auf dem die Worte PRO LIBERTATE prangen. Oberst Carl Gustav Mez aus Basel kennt die Antwort: *«Bei der Darstellung eines Symbols (hier eines Armes in einer gepanzerten Schiene, ein Schwert haltend) umkreist von einem Band auf dem ein Motto steht, handelt es sich ganz offensichtlich um das «Crest» eines schottischen Clans. Jeder Clan verfügt über ein Wappen und als Erkennungszeichen, das als Broschen und Anstecker getragen wird, ein Crest. Bei dem abgebildeten Crest handelt es sich um dasjenige des Clans Wallace. Eine direkte Verbindung zu PRO LIBERTATE gibt es sicher nicht. Aber die Schotten waren – und sind es heute noch – ein sehr freiheitsliebendes Volk, dem seine Unabhängigkeit viel bedeutet.»*

Wir danken Oberst Mez herzlich für die Aufklärung, die zeigt, dass der Freiheitswille überall auf der Welt besteht. +

China

25 Jahre «rotes» Hongkong

Wang Wenyuan
Kaohsiung, Taiwan

Vor einem Vierteljahrhundert, am 1. Juli 1997, übernahm die Volksrepublik China die Souveränität über Hongkong. Damit endete die 156-jährige britische Kolonialherrschaft. Versprochen wurde der einheimischen Bevölkerung die Erhaltung ihrer Freiheiten und Rechte. Nach dem Prinzip «Ein Land, zwei Systeme» wurde aus der britischen Kronkolonie eine chinesische Sonderverwaltungszone mit hoher Autonomie.

In diesen 25 Jahren ist davon aber nicht mehr viel übriggeblieben. Insbesondere seit Einführung des umstrittenen «Gesetzes der nationalen Sicherheit» nimmt Peking immer stärker direkten Einfluss. So wurden chinesischen Sicherheitskräften Befugnisse in Hongkong erteilt, unliebsame – sprich pro-demokratische – Parteien von Lokalwahlen ausgeschlossen und Demokratie- und Menschenrechtsaktivisten verfolgt. Ein Vorgehen, das ganz nach dem Gusto des «überragenden Führers» Xi Jinping ist. Nach der faktischen Einverleibung Hongkongs will dieser möglichst bald auch das als abtrünnige Provinz bezeichnete Taiwan in das «Eine China» integrieren.

Auf diese Entwicklungen reagierte das Vereinigte Königreich im Jahr 2020 mit der Ankündigung, den Hongkong-Chinesen einen fünfjährigen Aufenthalt in Grossbritannien zu ermöglichen, was mit der anschliessenden Option auf Einbürgerung verbunden ist. Nur wenige Stunden später erklärte Peking wiederum, solche sogenannten «British National (Overseas) Passports» als Reise- und Identitätsnachweise in Festland-China nicht mehr anerkennen zu wollen. Im Januar 2021 besassen 350'000 Hongkonger einen solchen BNO-Reisepass, bis September des gleichen Jahres hatten bereits 88'000 Hongkonger eine Einbürgerung nach Grossbritannien beantragt. Es ist davon auszugehen, dass insbesondere die junge und gut ausgebildete Generation ihrer angestammten Heimat den Rücken kehrt.

So verwerflich die damalige Kolonisierung Hongkongs durch die Briten nach heutigem Ermessen zu beurteilen ist, stellt sich dennoch die Frage, ob es der einheimischen Bevölkerung unter dem Union Jack insgesamt nicht besser erging als heute unter der Flagge der KPCh mit Hammer und Sichel. +

Demos für Demokratie und Freiheit sind aus dem Stadtbild Hongkongs weitgehend verschwunden. Wiederholt sich nun die Geschichte auch in Taiwan?
Bild: pixabay.com

Einsichten und Aussichten

Prognosen

Christoph Blocher
alt Bundesrat, Herrliberg ZH

Das Bundesamt für Energie (BFE) glaubte es ganz genau zu wissen. In seinen «Energieperspektiven für die Schweiz bis 2050» sagte das BFE nämlich 2017 die Energienachfrage und das Elektrizitätsangebot in der Schweiz der nächsten Jahrzehnte voraus. Und wir lesen staunend, dass 2050 in der Schweiz 8'983'000 Menschen leben werden. Dummerweise wird die Schweiz noch in diesem Jahr bereits die Neun-Millionen Grenze übertreffen, weil schon Anfang dieses Jahres 8'824'554 Menschen in unserem Land gelebt haben. Die seither zu uns gekommenen Flüchtlinge aus der Ukraine, die diesjährigen Asylbewerber, die EU-Zuwanderer und jene aus Drittländern sind noch nicht mitgerechnet. Wir sehen: Propheten können sich ganz gewaltig irren. Die damalige Bundesrätin Doris Leuthard sagte, die Energiestrategie werde nur eine Energieteuerung von 40 Franken pro Haushalt kosten. Die Gegner der Energiestrategie prophezeiten mindestens 3’200 Franken und wurden als Lügner bezeichnet. Heute sieht und spürt man, wer die Lügner sind. Propheten können sich nicht nur irren, sondern manchmal auch schlecht rechnen. Die Planer im UVEK haben auch vorausgesagt, dass die Schweiz im Jahr 2050 weniger Strom als heute brauchen werde. Sie vergessen die Zuwanderung, die Elektromobilität und die strombetriebenen Wärmepumpen. Man rechne! Der Bundesrat verkündete 1999, die Personenfreizügigkeit bringe eine jährliche Netto-Zuwanderung von weniger als 8’000 Menschen. Es waren dann Jahr für Jahr zehnmal mehr! Wie konnte das geschehen?

Im Wirtschaftsleben muss die Zukunft auch beurteilt und prognostiziert werden. Der Unterschied zum Staat: Wer sich als Unternehmer grob verschätzt, geht mitsamt seinem Unternehmen unter. Und wer sich als Manager grob verschätzt, muss den Hut nehmen. Wenigstens in den gut beaufsichtigten Firmen. Nur beim Staat hat es keine Folgen. +

Verteidigung

Warnung vor einer Annäherung der Schweiz an die NATO

Alexander Steinacher und Hans Rickenbacher, Gruppe Giardino

Mit gefährlichen Spekulationen darüber werden wir besonders seit dem Ukraine-Krieg praktisch täglich konfrontiert. Die Abenteuerlust gewisser Politiker und auch Militärs ist sichtlich grösser als die Risikoanalysen und Warnungen. Die einfache Warnung «mitgegangen = mitgehangen» hat aber wieder höchste Aktualität erreicht.

Für einmal hat sich die Propaganda offenbar getäuscht, als sie den früheren Generalinspekteur der Bundeswehr, General Harald Kujat, zu einem Interview über die Schweiz mit Fokussierung auf das NATO-Problem einlud. General Kujat ist pensioniert und darf offensichtlich sagen, was er für richtig hält, ganz im Gegensatz zum ehemaligen Deutschen Flottenchef Schönbach, der in Indien an einer Pressekonferenz auf Fragen nach Ukraine und Krim kurz die strategische Situation erläuterte und danach zu Hause von der neuen Deutschen Regierung stante pede entlassen wurde.

So steht schon im Titel des Interviews: «Auch habe die Schweizer Neutralität eine Zukunft». General Kujat: «Die heutige Weltlage zeigt bereits, dass künftige internationale Entwicklungen von zunehmenden Rivalitäten, Krisen, Konflikten und Kriegen geprägt sein wird. Neutrale Staaten könnten ein beständiges Element der Stabilität und ein Ort der Unabhängigkeit sein, an dem Interessenausgleiche und Konfliktlösungen verhandelt werden. Insbesondere Rüstungskontrolle und Abrüstung müssen künftig wieder eine stabilisierende Rolle in den internationalen Beziehungen erhalten. Dies zu ermöglichen, dafür sind neutrale Staaten, wie die Schweiz prädestiniert.» Streitkräfte sollten einen ständigen Transformationsprozess anstreben. Stillstand bedeutet Rückschritt. Der Interviewer erwähnt Schweizer Politiker, die nach dem Schock über den Ukraine-Krieg eine «weitere Annäherung» an die NATO fordern, und fragt, ob eine solche Annäherung die Sicherheit in der Schweiz erhöhen könnte. Bei einer Vollmitgliedschaft gelte auch für die Schweiz der Beistandsartikel 5 der NATO-Charta. Womit die Schweiz wieder in die gleiche Situation gerät wie vor über 200 Jahren: Schweizer Bataillone oder gar Regimenter – auf nach Russland? Oder sonst wo hin als Beistand für eine Konfliktseite?

General Kujat äussert sich sehr diplomatisch, aber doch eindeutig: «Die Meinung, die NATO-Mitgliedschaft würde vor allem der eigenen Sicherheit dienen, ist eine einseitige Betrachtung. Der NATO-Vertrag fordert, dass jedes neue Mitglied ein Zugewinn an Sicherheit für alle Mitglieder sein muss. Die Beistandspflicht aus Artikel 5 des NATO-Vertrages sieht dagegen weder eine Automatik noch einen bestimmten Umfang des Beistands vor. Die Einzelheiten dazu ergeben sich erst aus der NATO-Streitkräfte-Planung und der operativen Verteidigungsplanung.» Damit würden Schweizer Soldaten unter fremdem Kommando stehen.

Eine weitere klare Aussage von General Kujat: «Die meisten Nato-Staaten unterstützen die Ukraine durch Sanktionen, finanzielle Zuwendungen oder Waffenlieferungen. Deshalb ist das Risiko einer Ausweitung des Krieges in der Ukraine zu einem Krieg Russlands und der NATO um die Ukraine real. Die Schweiz wäre wie jeder andere NATO-Staat im Krieg und damit zweifellos nicht sicherer.»

Auf die letzte Frage, wie es der Schweiz gelänge, den Krieg vom eigenen Land fernzuhalten, äussert sich der frühere Generalinspekteur der Bundeswehr: «Ich halte die Kombination aus vorteilhafter geostrategischer Lage, einer der Grösse und Leistungsfähigkeit des Landes angemessene Verteidigungsfähigkeit und dem neutralen Status für ein starkes Argument. In der sich entwickelnden neuen Weltordnung könnte die Schweiz darüber hinaus einen wichtigen Beitrag zu vertrauens- und sicherheitsbildenden Massnahmen leisten und damit auch die eigene Sicherheit weiter festigen.»

Das ist ein deutliches Bekenntnis des ehemaligen Bundeswehr-Chefs – einer Streitkraft eines NATO-Mitgliedstaates – zur bewaffneten Schweizer Neutralität! Wir müssen uns nicht nach Meinungen im Ausland richten. Aber diese Warnung kommt von kompetenter Stelle!

Die NATO verspricht Sicherheit für Europa, ist aber eine Art gross dimensioniertes «Russisches Roulette». Der Druck, in diesem Bündnis mitzumachen (siehe Schweden und Finnland) wird immer grösser. Lassen wir unbedingt die Finger davon! +

Ukraine-Krieg: CH-Armee stärken statt NATO-Beitritt! Foto: pixabay.com

Landes-versorgung

Häufigeres Niederwasser im Rhein zu erwarten

Schweiz. Vereinigung für Schifffahrt und Hafenwirtschaft SVS
www.svs-ch.ch

Niedrigwasser war auch dieses Jahr wieder ein wichtiges Thema. Zwar war die Lage noch längst nicht so dramatisch wie im 2018, als wochenlang nur ein stark eingeschränkter Güterverkehr auf dem Rhein möglich war und die Fahrten – auch im Bereich Kabinenschifffahrt – teilweise gar eingestellt werden mussten. Anfang August 2022 präsentierte sich die Lage so, dass die Pegel tief waren, jedoch das Fahren mit eingeschränkter Ladung noch erlaubten. So konnten etwa Tankschiffe nach dem Auhafen bei Muttenz mit rund einem Drittel der normalen Ladung fahren. Aufgrund der hohen Preise, vor allem bedingt durch die Ukraine-Krise, war die Nachfrage jedoch nicht so hoch.

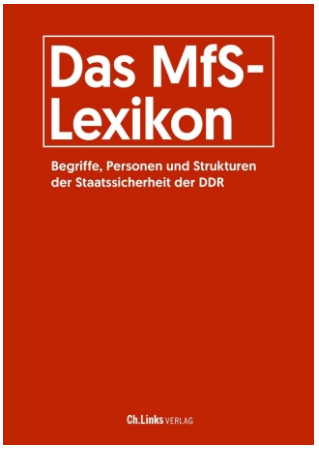
Die Binnenschifffahrt auf dem Rhein und seinen Nebenflüssen wird künftig mit vermehrten Niedrigwassern zu leben haben. Dies belegen mehrere Studien. Um trotz den ungünstigeren Voraussetzungen auch weiterhin die unverzichtbare Rolle dieses Verkehrsträgers für die Landesversorgung spielen zu können, sind auf zwei Seiten Massnahmen notwendig. Einerseits können Schiffe so gebaut werden, dass sie auch bei niedrigem Pegel verkehren können. Solche gibt es schon. So gab es sogar während des Höhepunkts des ausserordentlichen Niedrigwassers 2018 immer noch Containerverkehr von und nach Basel und Birsfelden. Es handelte sich dabei um die «Camaro»-Schiffe der niederländischen Reederei Dubbelman, die auch bei einem Kaub-Pegel von unter 30 cm noch in Fahrt blieben. Bei Neubauten dürfte der Fokus vermehrt auf solchen Einheiten liegen. Verbessert werden können andererseits die Fahrrinnen. Auf dem Rheinabschnitt durch Basel ist dies mit dem im Frühjahr 2019 abgeschlossenen Projekt «Korrektur Schifffahrtsrinne» bereits erfolgt. Durch Abtragung von Unterwasser-Felsen in der Fahrrinne und dem Aushub von Geschiebe konnte die Fahrrinne um 30 cm vertieft werden. Im sogenannten «Gebirge» und am Mittelrhein sind solche Massnahmen immerhin geplant. Der damalige deutsche Verkehrsminister Andreas Scheuer hatte dazu 2019 einen «Masterplan Binnenschifffahrt» aufgestellt, der hoffentlich auch von der aktuell in Berlin regierenden Koalition weitergeführt wird.

Die Zahlen des Umschlags in den Schweizerischen Rheinhäfen im ersten Halbjahr 2022 zeigen mit rund 17 Prozent ein deutliches Wachstum beim Containerverkehr, aber auch ein deutliches Minus von fast 44% beim Import von Mineralölprodukten. Im Halbjahrestotal ergibt sich mit 2,3 Millionen Tonnen Umschlag eine Verringerung um rund 18% gegenüber der entsprechenden Vorjahresperiode. Der Rückgang des Gesamtumschlags ist dabei fast ausschliesslich auf die hohen Mineralöl- und Energiepreise durch den Krieg in der Ukraine zurückzuführen. Bedingt dadurch wurden die Mineralöllager, massiv abgebaut und die Importe auf ein Minimum zurückgefahren. +

Buch-Tipp

Die ganze Wahrheit über die Stasi

Nach der Wiedervereinigung und dem sukzessiven Zugriff auf viele Akten des DDR-Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) veröffentlichten Experten bald «Das MfS-Lexikon», welches inzwischen einen recht hohen Wissensstand erreichte und jetzt in sogar vierter Auflage erschien. Mit seinen 91'015 hauptamtlichen Mitarbeitern und rund 62'000 Spitzeln war das MfS zwar nicht die DDR, aber ohne dessen Kenntnis ist jene nicht zu verstehen. Seine wichtigste Aufgabe als das «Schwert und Schild der Partei» war, jegliche Gefahren für die SED-Staatspartei abzuwehren. Für sie war das MfS lebensnotwendig, konnte sie sich doch nie auf freie Wahlen stützen. Andersdenkende wurden als «Staatsfeinde» verfolgt. An zweiter Stelle stand die Spionage gegen den Westen, wobei etwa 6'000 Westdeutsche – nie so gut in Freiheit und Wohlstand lebend wie zuvor – ihre Bundesrepublik an die SED-Diktatur verrieten. Der Buchinhalt besteht aus Artikeln, die grundlegend sind für das Verständnis des MfS in Form seines oft angespannten Verhältnisses zur SED-Führungsspitze und zum KGB. Interessant ist ebenfalls die Darstellung seines Zerfalls 1989. Ein weiterer Teil gewährt Einblicke in die verschiedenen Strukturen und deren Fachterminologie. Ein weiterer Abschnitt stellt die MfS-Spitzenfunktionäre mit ihren Lebensgeschichten vor und widerlegt deren ständige Lüge, wonach kein MfS-Mitglied in der NSDAP gewesen sei. Ein für DDR-Fragen unentbehrliches Nachschlagewerk. +



Roger Engelmann: «Das MfS-Lexikon: Begriffe, Personen und Strukturen der Staatssicherheit der DDR», 440 Seiten, Ch. Links-Verlag, Berlin

ISBN 978-3-96289-139-8
Verkaufspreis: Fr. 36.00

Bundesrat

«Fadegrad» bis zum Schluss

Bundesrat Ueli Maurer hat Anfang Oktober 2022 seinen Rücktritt aus der Landesregierung erklärt. Maurer wagte es immer wieder, auch unbequeme Themen direkt und unverblümt anzusprechen, was er auch an seiner Medienkonferenz erneut unter Beweis stellte:

«Was ich feststelle und was mir Sorgen macht, ist eine gewisse Spaltung der Gesellschaft zwischen einer gut ausgebildeten Elite und Leuten, die eine weniger gute Ausbildung und weniger hohe Löhne haben. Und von [Letzteren] höre ich eben zunehmend: *Man darf es nicht mehr laut sagen. Niemand hört auf uns. Die in Bern sind immer weiter weg.*»

PRO LIBERTATE dankt dem umsichtigen Finanzminister und vormaligen Chef VBS für seinen Einsatz und wünscht ihm für die Zukunft alles Gute!

Foto: svp.ch

Schweizer Armee

Übung «ODESCALCHI» – bis über die Grenze einsatzbereit

Mitte Juni 2022 waren rund 4'000 Armeeangehörige für ihren Wiederholungskurs im Tessin im Einsatz. Sie übten verschiedene Szenarien, bei welchen die Armee zur Unterstützung der zivilen Behörden und damit der gesamten Bevölkerung herbeigezogen wird. Die Übung wurde in Zusammenarbeit mit den zivilen Erste-Hilfe-Organisationen durchgeführt: Von Polizei bis Grenzschutz, über Zivilschutz, Feuerwehr bis zu den Rettungsdiensten.

Eine Besonderheit von «ODESCALCHI» ist die Zusammenarbeit zwischen der schweizerischen und der italienischen Armee. Es geht um eine aktive gegenseitige Unterstützung im Falle von Naturkatastrophen oder von Menschen verursachten Katastrophen, die ein gemeinsames Eingreifen erfordern. Im Jahr 2016 waren italienische Truppen an unserer Seite in der Region Mendrisiotto im Einsatz. Dieses Jahr reisten die Schweizer AdA's nach Maccagno in die italienische Provinz Varese, wo sie bei der italienischen Armee, mit den Truppen der Alpini, für Rettungsaktionen und Unterstützung der Bevölkerung eingesetzt wurden.

Auf dem Militärflugplatz Locarno präsentierten sich die Schweizer Armee, die zivilen Erste-Hilfe-Organisationen und die Kollegen der italienischen Armee der Bevölkerung. Einen Auftritt hatte dabei auch das PC-7-Team. +

Fotos: Lubomir T. Winnik

Jetzt in der Agenda vormerken:

Die **Hauptversammlung 2023** der Vereinigung PRO LIBERTATE findet statt am **Samstag, 18. März 2023**, im Landgasthof Schönbühl, 3322 Schönbühl BE. Einladung und Details folgen Anfang Jahr.

Damit die Schweiz frei bleibt: Unterstützen Sie die Vereinigung PRO LIBERTATE mit Ihrer Spende auf PC-Konto 30-26847-0
IBAN CH23 0900 0000 3002 6847 0

Spenden sind ebenfalls in WIR möglich und herzlich willkommen. Herzlichen Dank!
IBAN CH43 0839 1260 7737 7000 0

Impressum

Redaktion: Thomas Fuchs, 3018 Bern-Bümpliz. **Geschäftsstelle:** Schweizerische Vereinigung PRO LIBERTATE, 3052 Zollikofen, Tel. 031 332 57 84, Fax 031 981 39 82, E-Mail info@prolibertate.ch, Website: www.prolibertate.ch. Abdruck mit Quellenangabe und Beleg erlaubt. Erscheint 6-8x jährlich. Leserzuschriften müssen nicht die Meinung der Redaktion wiedergeben. **Der Vorstand:** Grossrat, Stadtrat und alt Nationalrat Thomas Fuchs (Präsident), 3018 Bern-Bümpliz; Grossrat und Stadtrat Dr. iur. Patrick Freudiger (Vizepräsident), 4900 Langenthal; Marcel Bieri (Kassier), 3052 Zollikofen; Jürg Stauffer (Sekretär), 3063 Ittigen; Stadtrat Janosch Weyermann (Beisitzer), 3018 Bern, Grossrätin und Stadträtin Sandra Schneider (Beisitzerin), 2502 Biel/Bienne.
Wir danken Ihnen für Ihre Spende auf PC 30-26847-0 (IBAN CH23 0900 0000 3002 6847 0) oder auf das WIR-Konto IBAN CH43 0839 1260 7737 7000 0.

Les Planchettes NE

Das beliebte Wandergebiet im Neuenburger Jura bietet einen herrlichen Blick über den Doubs, der an dieser Stelle – dank der Staumauer Châtelot – den über drei Kilometer langen Lac de Moron bildet. Foto: David Herzig

PRO LIBERTATE

In zunehmend unsicheren Zeiten ist es wichtig, auf Beständiges zu setzen: Familie und Freunde, Tradition und Brauchtum, direkte Demokratie und Freiheit. Dafür stehen wir ein und dafür kämpfen wir auch im 2023 mit aller Kraft! Merci für Ihre Unterstützung und für Ihre aktive Mithilfe!

Herzlichst, der Vorstand der Schweizerischen Vereinigung PRO LIBERTATE

Die Bestrebungen und Ziele von PRO LIBERTATE für die Erhaltung und die Förderung einer «gesunden» Schweiz interessieren mich!

Ich/wir unterstütze(n) PRO LIBERTATE:

- ☐ **als Mitglied**
  Jahresbeitrag Fr. 40.–, Ehepaar Fr. 60.–
- ☐ **als Gönner**
  Jahresbeitrag Fr. 100.–
- ☐ **als Sympathisant**
  Beitrag nach freiem Ermessen

Jetzt den neuen Armeekalender bestellen!

Literatur* zum Bestellen – bitte senden Sie mir:

..... Expl. **Armeekalender 2023** zum Preis von 20 Franken
..... Expl. **«Das MfS-Lexikon»** zum Preis von 36 Franken
..... Expl. **DVD «Das Réduit – Geschichte von 1939 bis 1945»** zum Preis von 24 Franken
..... Expl. **USB-Stick «Das Réduit – Geschichte von 1939 bis 1945»** zum Preis von 24 Franken
..... Expl. **«F-35A» – Faktenblatt zum geplanten neuen Kampfflugzeug** (kostenlos)
..... Expl. **«Operationsziel Schweiz»** zum Spezialpreis von 29 Franken (statt 39 Franken)
..... Expl. **«Wie sich die Schweiz rettete»** zum Spezialpreis von 49 Franken (statt Fr. 79.–)
..... Expl. **General-Guisan-Gedenkmünze: «Ernennung zum General vor 80 Jahren» inkl. Broschüre** zum Spezialpreis von 25 Franken
..... Expl. **«Freier Fels in brauner Brandung»** zum Spezialpreis von Fr. 29.– (statt Fr. 39.–)
..... Expl. **«Mein Leben im Schatten der Berliner Mauer»** zum Preis von 8 Franken
..... Expl. **«Schweizer Armee – Tauglich für den Verteidigungsfall oder teure Luftschloss-Armee?»** zum Preis von 8 Franken
..... Expl. **«Schweizer Billig-Armee – im Hybrid-Modus von Bundesrätin Viola Amherd»** zum Preis von 8 Franken
..... Expl. **«Marignano 1515–2015»** zum Sonderpreis von 29 Franken
..... Expl. **«Pour le Mérite – Der unglaubliche Werdegang der Sophie Töpfer»** zum Preis von 29 Franken
..... Expl. **«Graue Sequenz – Episoden des Kalten Krieges»** zum Preis von 19 Franken
..... Expl. **«Fauvette – Die stille Front»** zum Preis von 9 Franken
..... Expl. **«Nacht und Licht»** zum Spezialpreis von 25 Franken (statt 35 Franken)
..... Expl. **«Die Gotteskrieger – Die unterschätzte Bedrohung»** zum Preis von 8 Franken
..... Expl. **«Christen und Muslime in einer Demokratie. Geht das?»** zum Spezialpreis von

**zzgl. Porto und Verpackung*

Vorname, Name _____

Adresse _____

PLZ, Ort _____

Telefon _____

Datum _____

Unterschrift _____ 6/22

Einsenden an:
PRO LIBERTATE
3052 Zollikofen
oder per Email:
info@prolibertate.ch
www.prolibertate.ch